

Klimakiller stoppen!

RWE versucht, die Klimagerechtigkeitsbewegung einzuschüchtern. Unsere Antwort: Laut bleiben – We don't shut up!

Die Morgendämmerung setzt gerade ein, als eine kleine Gruppe von Aktivist*innen auf das Betriebsgelände des Braunkohlekraftwerks Weisweiler zwischen Köln und Aachen läuft. Sie bringen die Kohleförderbänder zum Stillstand, errichten ein bekletterbares Dreibein auf der Kohle-Förderanlage und ketten sich mit Lock-Ons auf der Anlage fest. Zeitgleich klettern an einer anderen Stelle auf dem Kraftwerks-gelände Menschen in den Kohleverladekran, wodurch im gesamten Kraftwerk die Bänder gestoppt werden müssen. Die Kohleförderbänder sind die Lebensadern des Kraftwerks. Über sie wird von den Kohlebunkern die Kohle direkt zur Verbrennung ins Kraftwerk geleitet. Werden sie zum Stillstand gebracht, dauert es nicht lange bis das Kraftwerk heruntergefahren werden muss. Das Kraftwerk Weisweiler, auf der Liste der größten CO2-Schleudern Europas auf Platz fünf, stand an diesem Tag für mehrere Stunden nahezu komplett still. Erst nachdem es der Technischen Einheit der Polizei gelungen war, die aufwändigen Blockade-Konstruktionen zu räumen, konnte das Kraftwerk wieder anlaufen.

Um sich durch Repression nicht ihre Handlungsfähigkeit nehmen zu lassen weigerten sich die Aktivist*innen, ihre Personalien anzugeben und erschwerten die erkennungsdienstliche Behandlung. Letztendlich konnte nur ein Teil der Aktivist*innen identifiziert werden.

Heute sehen diese sich mit einer Schadensersatzklage durch RWE konfrontiert. Eine Repressions-Maßnahme, auf die der Energiekonzern in diesem Ausmaß zum ersten Mal zurückgreift.

Außerdem wird ihnen Störung öffentlicher Betriebe, Widerstand und Hausfriedensbruch vorgeworfen. Neben fünf Aktivist*innen wird auch von einem Journalisten Schadensersatz gefordert, der die Aktion zur Berichterstattung begleitete. Ein klarer Versuch die Pressefreiheit einzuschränken.

Aktive Schadensbegrenzung

Der durch den Ausfall entstandene wirtschaftliche Schaden wird von RWE auf etwas mehr als zwei Millionen Euro veranschlagt, die sich der Konzern nun von den identifizierten Aktivist*innen einklagen möchte. Um diesen Prozess zu begleiten, hat sich die Kampagne WeDontShutUp gegründet.

Aus unserer Perspektive konnte ein kleiner Teil des Schadens verhindert werden, der durch die Verstromung von Kohle überall auf der Welt angerichtet wird. Wir verstehen die Aktion als aktive Schadensbegrenzung. 27.000 Tonnen CO2 wurden durch die Blockade nicht ausgestoßen. Das entspricht dem durchschnittlichen CO2-Ausstoß von 2400 Menschen in Deutschland oder 270.000 Menschen in Äthiopien in einem Jahr. 11,6 Tonnen CO2 stößt ein Mensch in Deutschland durchschnittlich im Jahr aus. In Äthiopien sind es 0,1 Tonnen. Wie viele Länder im Globalen Süden gehört auch Äthiopien – trotz des eigenen verschwindend geringen Anteils an der Klimakrise – zu einem der Länder mit den drastischsten Auswirkungen. Die Aktion steht in Solidarität mit den Menschen die direkt von diesem neokolonialen und ungleichen Machtverhältnis zwischen Globalem Süden und Globalem Norden betroffen sind.

Klagend schreiten sie voran

Für RWE dürfte klar sein, dass sie, selbst wenn ihre Klage Erfolg hat, nicht darauf hoffen können, dass ihren Geldforderungen Folge geleistet wird. Sie wissen, dass bei den angeklagten Aktivist*innen keine zwei Millionen Euro zu holen sind und diese lieber unter der Pfändungsgrenze leben werden, als RWE Geld zu geben. Deshalb hat die Schadensersatzklage ausschließlich den Charakter einer Einschüchterungsmaßnahme. RWE will die vielzähligen ungehorsamen und direkten Aktionen im Revier eindämmen.

Auch auf strafrechtlicher Ebene wird der Ton rauer. In einem haarsträubenden Schauprozess wurde die Hambacher-Wald-Aktivistin Eule zu neun Monaten Haft verurteilt (vgl. GWR 437). Der Richter machte von Anfang an keinen Hehl daraus, dass sich das Urteil nicht nur gegen Eule richtet, sondern damit die gesamte Waldbesetzung abgestraft und abgeschreckt werden soll. Wir sind uns sicher, dass es trotz der Aussicht auf Schadensersatzforderungen und weitere Freiheitsstrafen auch weiterhin Aktionen geben wird, die direkt in die Kohleverstromung eingreifen und die Maschinerie zum Stillstand bringen. Ein Beispiel dafür ist die Aktion #Niederausmachen, bei der im Herbst 2018 vergleichbar mit WeShutDown ein weiteres Braunkohlekraftwerk (Nieder- aussem) von der Kohlezufuhr getrennt wurde. Während die Räumung des Hambacher Walds im vollen Gang war, wurden dafür Technische Einheiten der Polizei an einem anderen Ort gebunden. Diesmal gelang es nicht, die Personalien der beteiligten Aktivist*innen festzustellen.

Never trust a COP

Zeitgleich zur Aktion in Weisweiler fand in Bonn die COP23 (Conference of the Parties), die Klimakonferenz der Vereinten Nationen, statt. Wie auch in den Jahren zuvor, drehte sich das große Palaver der anwesenden Klimadiplomaten um marktbasierter und rein technischer „Lösungsansätze“. Allein die Tatsache, dass die globalen CO2-Emissionen nach wie



vor weiter steigen, entlarvt den Mythos, der Klimawandel wäre durch marktbasierter Ansätze, wie den Emissionshandel zu bändigen. Auch Technikgläubigkeit und die Hoffnung, dass die „Green-economy“ den Karren aus dem Dreck zieht, verspricht keine Lösung. Danach sollen Emissionen in erster Linie durch effizienteren Umgang mit Ressourcen eingespart werden – unter Beibehaltung des kapitalistischen Normalzustands. Von Aktivist*innen wird die Antwort darauf unermüdlich wiederholt: „Auf einem endlichen Planeten kann es kein unendliches Wachstum geben“. Nichts deutet zur Zeit darauf hin, dass der sogenannte grüne Umbau innerhalb kapitalistischer Verhältnisse stattfinden kann. Die Machtverhältnisse innerhalb der kapitalistischen Ordnung werden weiterhin dafür sorgen, dass beispielsweise die deutsche Autoindustrie fröhlich die größten Kutschen mit Verbrennungsmotor produziert und Deutschland Kohleweltmeister bleiben darf.

Und die Kohlekommission?

Angeblich haben sich nun seit dem Zeitpunkt der Aktion in Weisweiler die politischen Begebenheiten in Deutschland grundlegend verändert. Ist es nicht so, dass inzwischen ein Kohleausstieg in einem gesamtgesellschaftlichen Prozess demokratisch erarbeitet wurde und beschlossene Sache ist? Hat die sogenannte Kohlekommission (eigentlich „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“) nicht alle Akteur*innen gleichberechtigt miteinbezogen und legt jetzt einen konsensfähigen Kompromiss vor? Die Klimagerechtigkeitsbewegung hatte keinerlei Erwartungen an die Verhandlungen

zu schade, diesem Disaster-Plan die notwendige Rechtfertigung zu liefern, obwohl viele ihrer Basismitglieder damit nicht einverstanden waren. Jetzt kann zumindest behauptet werden, dass 2038 als endgültiges Ende der Kohle auch von denjenigen getragen wird, die sich in der öffentlichen Wahrnehmung für die Belange der Umwelt einsetzen. Für die Menschen, die weltweit vom Klimawandel betroffen sind, ist der sogenannte Kohle-Kompromiss vor allem ein Schlag ins Gesicht. Auch hier gilt: Diejenigen, die aufgrund globaler Machtverhältnisse und geographischer Gegebenheiten am stärksten vom Klimawandel betroffen sind, hatten keinerlei Möglichkeiten der Einflussnahme, während den größten Verursachern, wie RWE, bereitwillig Mitspracherecht gewährt wurde. Für die Entschädigung von RWE und den Strukturwandel im Revier sind Milliarden vorgesehen. Entschädigungszahlungen an diejenigen, deren Lebensgrundlagen von Wetterextremen oder ansteigendem Meeresspiegel zerstört werden standen hingegen nicht einmal zur Debatte.

In Bewegung bleiben

Es ist an uns als Bewegung, den faulen Kompromiss der Kohlekommission zurückzuweisen und zu delegitimieren. Im Moment deutet nichts darauf hin, dass die Klimagerechtigkeitsbewegung sich einhegen lässt und ab sofort darauf hofft, dass die Regierung den Klimaschutz in die Hand nimmt. Im Gegenteil, in einer hohen Frequenz gründen sich neue Klimagerechtigkeits-Gruppen und Ende-Gelände-Ortsgruppen. Mit Fridays for Future, Parents for Future und Xtinction Rebellion haben neue Bewegungs-Akteur*innen die Bühne betreten (vgl. GWR 437). Es bleibt spannend, wie sich diese in der nächsten Zeit entwickeln werden. Auch im rheinischen Braunkohlerevier formiert sich weiter der Widerstand. Lange bestand dort der Eindruck, dass die Betroffenen in den Dörfern, die abgebaggert werden sollen, resigniert seien. Zwar war bei vielen Menschen die Wut auf die Willkür von RWE und Staatvertreter*innen zu spüren, allerdings schienen die Möglichkeiten zur Veränderung aufgrund der vermeintlich klar abgesteckten Machtverhältnisse im Kohlerevier zu gering. Vermutlich ermutigt durch die neusten Entwicklungen rund um den Hambacher Wald und die Erfahrung, wie viel Auf-

merksamkeit und Solidarität Bewegungen erfahren können, regt sich hier erneut der Widerstandsgeist. Immer mehr Bewohner*innen beginnen, sich zusammen mit Menschen aus den Klimagerechtigkeits-Gruppen der Städte zu organisieren. Am 23. März gab es einen großen Stemmarsch, bei dem sich viele Menschen symbolisch der Zerstörung entgegenstellten. Eine Stärke der Klimagerechtigkeitsbewegung war von Anfang an, unterschiedliche Akteur*innen zu mobilisieren und ein weites Spektrum unterschiedlicher Aktionsformen zu entfalten, das vielen verschiedenen Menschen eine Beteiligungsmöglichkeit bietet. Die langjährige Erfahrung aus dem Wendland hat gezeigt: Eine breite Mobilisierung, die verschiedenen Aktionsformen nebeneinander einen Raum gewährt, macht den Widerstand unkontrollierbar und unberechenbar. Koordinierte Kleingruppenaktionen, wie die Blockade im Kraftwerk Weisweiler, betten sich in eine breite Aktionschoreographie ein. Sie sind wichtig, da sie in der Lage sind, einen direkten Effekt zu erzielen. Sie sind ein starkes Zeichen, das die Dringlichkeit des Klimawandels zum Ausdruck bringt und haben bei guter Vorbereitung eine empowemde Wirkung auf die Beteiligten. Da sie die staatlichen Zugeständnisse an illegalem Protest ignorieren, taugen sie außerdem dazu, eine weitreichendere Kritik an den herrschenden Verhältnissen zu üben. Die transportierte Aussage ist klar: „Eure Gesetze haben für uns keine Relevanz, sie sichern die Zerstörung der Lebensgrundlagen ab.“

Die Kampagne WeDontShutUp

Unterstützen: Die Support-Struktur „Untenlassen“ unterstützt Klimaaktivist*innen die von Zivilklagen betroffen sind. Hier ihr Spendenaufruf: Spendet für die Prozesskosten Es braucht vor allem Geld. Das klingt platt und entspricht so gar nicht unserem Anspruch, aber: Ein Zivilprozess kostet zwischen 2.000 und 5.000 Euro pro Person – allein in der ersten Instanz. Eine Musterklage bis zum Bundesverfassungsgericht wird rund 32.000 Euro kosten. Wir wollen dafür streiten, dass Widerstand legitim ist, und wir wollen es Konzernen so schwer wie möglich machen, mit ihren Einschüchterungsversuchen durchzukommen. Dabei sind wir dringend auf eure großen und kleinen Spenden angewiesen. Konto: Spenden & Aktionen, IBAN: DE29 5139 0000 0092 8818 06, BIC: VBMHDE33XXX Bank: Volksbank Mittelhessen, Betreff (bitte unbedingt angeben, da Sammelkonto): UNTENLASSEN Wir haben leider keinen gemeinnützigen Verein im Rücken, der es uns ermöglichen würde, Spendenquittungen auszustellen. Wir setzen darauf, dass ihr euch davon nicht abschrecken lasst.

Weitere Infos: www.wedontshutup.org



Kundgebung am 25. Februar 2019 am Kohlekraftwerk Weisweiler.

Foto: www.wedontshutup.org

DER RABE RALF
Die Berliner Umweltzeitung

Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio-, Natur- und Umweltaäden oder für jährlich 25 € per Abo ins Haus

Kostenlose Probenummer: DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

Unkonventionelles und Hintergrundiges aus der vielfältigen Umweltszene, Tipps, Termine & Adressen